

DEM RECHT ZU FREIHEIT VERSCHAFFEN

Veröffentlicht am 13. November 2014

Tags: [FDP](#), [Pressemitteilung](#)

Einigkeit und Recht und Freiheit sind die Leitmotive, die in den letzten Tagen die friedliche Revolution und die Wende in der DDR begleitet wurden – stilvoll. Weniger stilvoll: Eine ganze Fülle von Skandalen unter den Stichworten IBG, Dessauer Fördermittellaffäre, Stendaler Wahlfälschungen oder die zahlreichen Versuche, den politischen Raum lassen in Sachsen-Anhalt die Frage aufkommen, ob es nicht nach der Wende in unserem Land mit der Rechtsstaatlichkeit bestellt. "Es wäre fatal, wenn CDU und SPD den Eindruck zu erwecken, dass Mitglieder der Regierungsparteien ein anderes Recht als die Bürger dieses Landes. Dieser Umstand sollte seit 1989 gemäß dem Grundgesetz überwunden sein", so Dr. Lydia Hüske, Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt.

„Die bürgerlichen Sachverhalte durch die Parteispitzen von CDU und SPD zu verheimlichen, ist eine ernste Enttäuschung. Es gibt Hoffnung darauf, dass solchem Verhalten eine

Nulltoleranz nicht durchgesetzt wird. Ein bevorstehender Landesparteitag ist keine Entscheidung für ein defensives Verhalten. Gerade die CDU sieht sich doch inzwischen der Bewältigung von Fällen gegenüber, in der auch Führungskräfte der CDU stehen. „Es ist nicht so, dass kaum noch von Ausnahmefällen gesprochen werden kann“, so Lydia Herberich, „es ist hier gefordert, dem Recht Geltung zu verschaffen“, so Lydia Herberich.

Kontakt:

FDP Sachsen-Anhalt
W.-Rathenau-Str. 33b
39106 Magdeburg